

19. Juli 2017 00:36 Uhr

Planung

Vorstoß für Bauland in Bobingen

Einige neue Wohnbauprojekte sind geplant. Drei Fraktionen sehen weit mehr Bedarf

Die Bobinger Stadtrats-Fraktionen von [CSU](#), FBU, Freien Wählern und Grünen haben einen gemeinsamen Antrag zur Entwicklung von Wohnbaufläche gestellt. Die Stadtverwaltung soll Möglichkeiten aufzeigen, wie Flächen erworben und zum Bauland entwickelt werden können. Dafür sollten im nächsten Haushalt Mittel bereitgestellt werden.

Zweiter Bürgermeister Klaus Förster (CSU) liefert ein Beispiel: „Die große Nachfrage nach Baugrundstücken ist auch in [Bobingen](#) spürbar: Für sieben angebotene Bauplätze in der Point gab es kürzlich knapp 80 Bewerber.“

Mit der bereits geplanten Ausweisung von weiteren 27 Bauplätzen am nördlichen Rand der Siedlung sei die Stadt auf einem sehr guten Weg. Gleiches gelte für den geplanten Bau von Sozialwohnungen in der südlichen Fraunhoferstraße und die konkreten Planungen von weiteren Sozialwohnungen in der Koloniestraße/Ecke Greifstraße.

Es sei davon auszugehen, heißt es in dem gemeinsamen Antrag, dass es auch in den nächsten Jahren eine starke Nachfrage nach Wohnraum und Baugrundstücken geben werde. Alleine durch die Entstehung der Uniklinik Augsburg wird es eine Vielzahl von Arbeitnehmern geben, die in der Region Wohnraum benötigen. Auch der Augsburg Innovationspark und die vielen Institute ziehen schon jetzt hoch qualifizierte Menschen in die Region.

„Für eine gesunde Bevölkerungsentwicklung in Bobingen ist es wichtig, dass nicht nur viele Sozialwohnungen geschaffen werden, die zweifelsfrei wichtig sind“, heißt es in dem Antrag. Es müssten auch Wohnraum und vor allem Neubaugrundstücke für Einfamilienhäuser und Doppelhaushälften angeboten werden, um Menschen mit gehobenem und gesichertem Einkommen eine Heimat in Bobingen zu geben. Davon profitiere dann nicht nur der städtische Haushalt durch die Anteile der Einkommensteuer, sondern das stärke auch Einrichtungen wie Kinderkrippen und Kindergärten, Schulen und Vereine, heißt es.

Die Fraktionen beantragen deshalb, für die nächsten Jahre ein Konzept zu erarbeiten, das über die städtische Wohnbaugesellschaft umgesetzt werden kann. Die Beratung dazu soll kommenden Herbst im zuständigen Ausschuss erfolgen, damit die Ergebnisse in die nächsten Haushaltsberatungen einfließen können und dann die nötigen Gelder bereitstehen.